



# LPK

DEUTSCHE LANDTAGS  
PRÄSIDENTENKONFERENZ  
26. Mai 2025

## **„Regionalparlamente und wehrhafte Demokratie in geopolitisch unsicheren Zeiten“**

### **Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente anlässlich ihrer Konferenz am 26. Mai 2025 in Salzburg**

#### Präambel

Die Europäische Union als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft steht aktuell vor einer Vielzahl komplexer geopolitischer und sozioökonomischer Herausforderungen. Hierzu gehören vor allem der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen, die Erschütterung der regelbasierten Weltwirtschaft sowie die Rückkehr des Protektionismus. Um dem Rechnung zu tragen, muss die Europäische Union die notwendigen finanziellen Mittel für ihre Wettbewerbs- und Verteidigungsfähigkeit bereitstellen. Gleichzeitig darf sie weitere globale Herausforderungen wie den Klimawandel und Migrationsbewegungen nicht aus dem Blick verlieren.

Die vielfältigen Herausforderungen prägen auch unsere Parlamente. Weltweit stehen Demokratien unter Druck. Besorgniserregend ist vor allem die wachsende Bedrohung durch Demokratiefreundinnen und -feinde und Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretiker, die sich mit Hass und Hetze gegen Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt stellen. Gleichzeitig ist ein Wandel in der politischen Gesprächs- und Streitkultur festzustellen. Verstärkt werden diese Herausforderungen durch die zunehmende Macht sozialer Medien, Bedeutung und Dynamik Künstlicher Intelligenz und deren Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs. All dies verpflichtet Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Belastbarkeit der demokratischen Institutionen zu verteidigen und die Demokratie zu schützen.

Vor diesem Hintergrund erklären die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente:

1. Die Bedrohung durch Russland hat die sicherheitspolitische Landschaft in Europa grundlegend verändert. Aggressive außenpolitische Maßnahmen, hybride Kriegsführung und militärische Interventionen stellen nicht nur die Souveränität einzelner Staaten in Frage, sondern gefährden die Sicherheit und Stabilität des gesamten Kontinents. Auch die Unterstützung durch die USA, traditionell ein sehr wichtiger sicherheits- und wirtschaftspolitischer Partner, erscheint in der aktuellen geopolitischen Lage zunehmend unsicher. Die Präsidentinnen und Präsidenten begrüßen die Suche u. a. nach eigenständigen Lösungen und unterstützen die Stärkung der wirtschaftlichen Kapazitäten und der Verteidigungsfähigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.
2. Verteidigungsfähigkeit umfasst nicht nur militärische Stärke, sondern auch die Fähigkeit, demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten stehen die Parlamente in Europa also ganz besonders vor der Herausforderung, unsere Demokratien nachhaltig zu sichern. Wer



# LPK

DEUTSCHE LANDTAGS  
PRÄSIDENTENKONFERENZ  
26. Mai 2025

Verteidigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit stärken will, sollte zudem soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht aus dem Blick verlieren.

3. Der Schutz demokratischer Werte ist dabei nicht nur eine nationale und europäische Aufgabe. Die Regionen und ihre Parlamente können hierbei einen wesentlichen Beitrag leisten, da sie den Bürgerinnen und Bürgern näherstehen und über die verschiedenen politischen Ebenen hinweg vermitteln können. Die Präsidentinnen und Präsidenten bekräftigen unter Verweis auf ihre Erklärung zum Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas, dass Entscheidungsprozesse und damit verbundene Maßnahmen auf allen Ebenen für die Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar sein müssen.
4. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Zivilgesellschaft von großer Bedeutung. In einer demokratischen Gesellschaft tragen auch die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihr Gemeinwesen, ihnen steht ein Recht auf Teilhabe und Mitsprache zu. Demokratie lebt davon, dass die Menschen bereit sind, sich einzubringen und mitzuwirken. Eine informierte und engagierte Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Bestandteil einer wehrhaften Demokratie und trägt zur Stabilität und Sicherheit in Europa bei. Die deutschen Landesparlamente werden den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern pflegen und ihre Anliegen mit Nachdruck vertreten.

Der Vorsitz der deutschen Landtagspräsidentenkonferenz übermittelt diese Erklärung an

- die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Roberta Metsola,
- den Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn António Costa,
- die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Dr. Ursula von der Leyen,
- die Präsidentin des Ausschusses der Regionen (AdR), Frau Kata Tüttő,
- den Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE), Herrn Marc Cools,
- die Präsidentin der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE), Frau Astrid María Pérez Batista,
- die Bundesregierung und die Landesregierungen.